Abend-Ausgabe

71. Jahrgang. № 325 — Mittwoch, 13. Juli 1927

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. Juli 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. Vorbezugspreis für Monat Juli 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlg.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Pazifistenverbrüderung mit Polen.

Der alte Plan einer deutsch-polnischen Parlamentarier-Konferenz wieder aufgenommen.

Der Entwurf eines Handelsprovisoriums mit Frankreich fertiggestellt. — Palästina nach dem Erdbeben.

Das Werk deutscher Linkspolitiker in Warschau.

Berlin, 13. Juli. Seit einiger Zeit ist eine deutsch-polnische Parlamentarierkonferenz in Berlin geplant, nachdem bereits einige Abgeordnete und Journalisten deutscher Linksparteien in Warschau polnische Politiker gesprochen haben. Für die Berliner Konferenz haben polnische Abgeordnete verschiedener Parteien ihre Teilnahme zugesagt. Ein festes Datum für die Konferenz ist noch nicht vereinbart. **Die Polen stellen für die Verhandlungen die Bedingung, daß territoriale Fragen nicht einbezogen werden. Die Frage des Korridors darf also nicht berührt werden.**

Der deutsche Warschauer Gesandte in Berlin.

Berlin, 13. Juli. Der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, weilt wieder in Berlin zur Berichterstattung über den Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen, die in letzter Zeit auf dem Gebiete des Niederlassungsrechts einige Fortschritte gemacht haben. — Halbamtlich wird bestätigt, daß Gesandter Ulrich Rauscher im Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Verhandlungen hierhergekommen ist, und daß man in der Frage der Niederlassung zu einer erheblichen Annäherung gekommen sei. **Damit ist aber noch nicht gesagt, daß nunmehr die Verhandlungen über die Zollfrage alsbald beginnen werden, befinden wir uns doch jetzt in einer Zeit der großen Sommerurlaube.**

Korfanty aus der Skarboferme abberufen.

Kattowitz, 13. Juli. Auf Veranlassung der polnischen Regierung ist Korfanty von dem Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden für die polnische Abteilung der französisch-polnischen Industriegesellschaft Skarboferme, die seit der Abtrennung Ostoberschlesiens den ehemaligen preußischen Staatsbesitz verwaltet, abberufen worden. An Stelle Korfantys ist Ingenieur Widomski, Abteilungsleiter im Finanzministerium, im Einvernehmen mit der Regierung getreten. (T. U.)

Endlich ein Handelspakt mit Frankreich?

Paris, 13. Juli. Nach dem „Petit Parisien" haben die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen in den gestrigen Spätabendstunden zu einem Uebereinkommen über einen vorläufigen Vertragsentwurf geführt, der von den französischen Unterhändlern bereits unterzeichnet worden sei. Wie das Blatt weiter erklärt, wollten die deutschen Delegierten nicht eher unterzeichnen, als sie durch die Reichsregierung hierzu ermächtigt seien. Sie hätten deshalb nach Berlin telegraphiert. Sobald die Antwort eingetroffen sei, werde die deutsche Delegation ebenfalls unterzeichnen.

Die von der deutschen Delegation in den letzten Tagen vorgebrachten Forderungen seien, wie das Blatt weiter berichtet, von der französischen Delegation angenommen worden. Das Blatt beglückwünscht Bokanowski und die französischen Unterhändler, daß es ihnen gelungen sei, das Abkommen noch vor Parlamentsschluß abzuschließen.

Im Gegensatz zum „Petit Parisien" ist das „Petit Journal" sehr pessimistisch und sucht hierfür restlos die deutsche Delegation und die deutschen Forderungen verantwortlich zu machen. — Der „Matin" will auf Grund gestern eingezogener Erkundigungen wissen, **daß die auseinandergehenden Meinungen der beiden Delegationen nicht absehen ließen, wann und wie eine Vereinbarung zustande kommen könne.** (T. U.)

Noch keine Nachricht im Auswärtigen Amt.

Berlin, 13. Juli. Beim hiesigen Auswärtigen Amte liegen Nachrichten über den Abschluß des deutsch-französischen Handelsprovisoriums noch nicht vor. Es wird aber angenommen, daß wahrscheinlich heute schon die Unterzeichnung des Abkommens erfolgen kann. Einzelheiten über den Inhalt des Abkommens werden noch nicht mitgeteilt, **wenn aber gesagt worden ist, daß wir Frankreich die Einfuhr eines Weinkontingents von 400 000 Hektoliter zugestanden hätten, so wird demgegenüber erklärt, das stimme nicht.**

Kein Verzicht der Besatzung auf Schießübungen.

Berlin, 13. Juli. Der Kommandant der 4. französischen Kavalleriedivision hatte dem Regierungspräsidenten von Trier mitgeteilt, daß an fünf Tagen im Juli auf dem von den Franzosen bestimmten Schießplatz von Pellingen bei Trier Artillerie- und Infanterieschießübungen stattfinden würden. Auf Vorstellungen der Regierung, dieses Scharfschießen, wenn überhaupt notwendig, entweder nur vormittags oder nachmittags abzuhalten, hat der General der Trierregierung mitgeteilt, die Schießübungen würden vormittags von 8 bis 12 Uhr abgehalten werden. **Die deutschen Behörden haben wegen dieser Schießübungen auf einem Platz, der gar kein Schießplatz ist, sondern mitten im bebauten Gelände liegt, erneut Verhandlungen mit der Besatzung eingeleitet, um zu erreichen, daß die Schießübungen in Wegfall kommen und der Platz wieder frei wird.**

Der Landtag zur Unwetterkatastrophe.

Dresden, den 13. Juli 1927.

Die furchtbare Unwetterkatastrophe im Osterzgebirge hatte auch Veranlassung gegeben, sofort den Zwischenausschuß des Landtages zu einer Sitzung einzuberufen, die heute im großen Saale des Landtagsgebäudes stattfand.

Auf dem Tische des Hauses sind zahlreiche Bilder aus dem Unglücksgebiet ausgelegt. Die Tribünen sind schwach besetzt, da erst in letzter Stunde bekanntgegeben worden war, daß die Verhandlungen öffentlich seien.

Präsident Schwarz

eröffnet die Sitzung 1 Uhr und führt sodann folgendes aus:

„Im östlichen Erzgebirge hat eine Unwetterkatastrophe Verheerungen angerichtet, wie sie trauriger und furchtbarer kaum ausgedacht werden können. Wir stehen an der Bahre von 150 tödlich Verunglückten. Ganze Familien fanden mitten in der Nacht in hereinbrechenden tosenden Fluten und in zusammenstürzenden Häusern ihren Tod. Aber auch in treuester Pflichterfüllung und freiwilliger Hilfeleistung fanden eine große Anzahl braver Männer ein tragisches Ende. Hunderte von Familien sind ihrer gesamten Habe und ihres gesamten Gutes beraubt. Sie stehen vor einem Nichts! Zusammengebrochene Häuser, vernichtete Fabriken und Industrieanlagen, aufgerissene Straßen, weggeschwemmte Eisenbahnanlagen, völlig verschlammte und der Ernte beraubte Felder zeigen den Weg, den die unheimlichen Fluten nahmen. (Die Mitglieder des Landtags haben sich zum Zeichen der Trauer von ihren Plätzen erhoben.)

Im Namen des Landtags spreche ich hiermit in erster Linie den Angehörigen der so grausam aus dem Leben Gerissenen das tiefste Mitgefühl aus. Zu gleicher Zeit aber gebe ich das Versprechen, daß der Landtag alles tun wird, um den Hinterbliebenen und sonstigen Geschädigten durchgreifende und schnelle Hilfe zu bringen."

Ministerpräsident Heldt

schließt sich den Worten der Teilnahme namens der Regierung an und spricht allen denen, die unter eigener Lebensgefahr sich zur Hilfe bereit gefunden haben, herzlichen Dank aus. Die Regierung habe sich sofort in das Ueberschwemmungsgebiet begeben.

Der erste Anblick sei ein furchtbares Bild elementarer Zerstörung und Verwüstung gewesen. Man werde in der Geschichte der Menschheit lange nachblättern müssen, um ein Unglück feststellen zu können, das mit so elementarer Wucht über die Bevölkerung hereingebrochen sei.

Die Bevölkerung habe sich zunächst in einem Zustande der Erstarrung befunden. Die Presseberichte seien eher in abgeschwächter Form erschienen, als daß sie übertrieben hätten.

Wie konnte eine solche Katastrophe entstehen?

Die Regierung habe sofort Schritte eingeleitet, daß von Fachleuten der Versuch gemacht werde, ein Urteil darüber abzugeben, wie es möglich gewesen sei, daß das Unglück mit so verheerenden Wirkungen kam. Das jetzt abgegebene Urteil sei gewiß noch nicht lückenlos, aber es lasse immerhin erkennen, auf welche Ursache das Unglück zurückzuführen sei. (Der Ministerpräsident verliest dieses Schriftstück.) Die Niederschlagsmengen seien bedeutend größer gewesen, als man bei derartigen Katastrophen in den Flußläufen bisher beobachtet habe. Ein Hochwassermeldedienst hätte erfolglos sein müssen.

Es seien Stauseen bis zu acht Meter Höhe entstanden. Diese Vorgänge hätten sich abwärts immer wiederholt. Einzelne Talsperren würden nur einen bedingten Schutz gewähren. **Nur ein ganzes System von Talsperren, auf die Haupt- und Nebentäler verteilt, könne die unterhalb liegenden Flußstrecken sichern. Das seien aber Anforderungen, die bei den so dicht besiedelten Tälern nicht erfüllbar seien.**

Die Erhebungen über die Schäden seien noch nicht abgeschlossen. Allein im Müglitztal seien 27 Eisenbahnbrücken von den Fluten weggeschwemmt worden. An den Bahnhofsgebäuden und ihren Nebenanlagen seien schwere Schäden entstanden. In ähnlichem Umfange seien die Bahnlinien von Pirna nach Gottleuba und nach Großcotta beschädigt worden. Auch die Straßen und Wege seien schwer beschädigt, ebenso die Flußbetten. Diese sollten ungesäumt zunächst provisorisch befestigt werden. Am schmerzlichsten sei der Verlust zahlreicher Menschenleben. Viele Millionen betrage der Verlust an Privateigentum.

Im ganzen seien mehr als 100 Gebäude der Vernichtung anheimgefallen.

Bei dem großen Umfange des Unglücks habe es die Regierung für erforderlich gehalten, einen Staatskommissar einzusetzen. Die Regierung habe sofort Mittel zur Verfügung gestellt. Auch Reichsmittel seien bereitgestellt worden. Nachdem sich habe übersehen lassen, daß die Schäden so groß seien, **daß die öffentlichen Körperschaften allein nicht in der Lage** seien, den Wiederaufbau durchzuführen, habe die Regierung beschlossen, eine allgemeine Sammlung in die Wege zu leiten.

Die sächsische Regierung gedenke einen Betrag von 10 Millionen zur Unterstützung zu stellen, um die ersten Schäden zu beseitigen.

Bisher sei alles getan, was menschenmöglich gewesen sei. Die unersetzlichen Schäden an Menschenleben könne man freilich nicht heilen. Hier werde man nur mit stummer und stiller Trauer helfen können.

Präsident **Schwarz** gibt die Anträge bekannt, die von den Kommunisten, den Sozialdemokraten und der Wirtschaftspartei eingegangen sind.

Abg. Renner (Komm.) unterstreicht die Ausführungen des Ministerpräsidenten über die Größe des Unglücks und begrüßt es, daß die Regierung einen Betrag von 10 Millionen Mark zur Verfügung stellen wolle. Aber auch die Reichsregierung müsse denselben Standpunkt einnehmen. Auf die private Sammeltätigkeit könne man sich nicht in großem Maße stützen. Der Ministerpräsident müsse dem Landtage schon in den nächsten Tagen ein Aufbauprogramm vorlegen. Der Redner bedauert, daß der Roten Arbeiterhilfe die Sammeltätigkeit verboten worden sei.

Präsident **Schwarz** wirft die Frage auf, inwieweit das Reich verpflichtet sei, hier einzugreifen. Aus den Einnahmen des Landes seien die erforderlichen Mittel nicht zu beschaffen. Der Redner stellt anheim, sich mit dem Reiche in Verbindung zu setzen, um

die Mittel auf dem Wege einer Anleihe zu beschaffen.

Talsperren hätten das Unglück nur mildern, aber nicht beseitigen können. Bei der Durchführung der Hilfsmaßnahmen müsse jeder bureaukratische Einschlag beiseite gelassen werden.

Ministerialrat Dr. **Sorger** äußert sich zu der Frage, ob der Bau von Talsperren in der Lage gewesen sei, die Katastrophe herabzumindern. Hierüber seien die Untersuchungen noch im Gange. Er möchte aber betonen, daß

diese Niederschlagsmengen über alle bisherigen Beobachtungen und Berechnungen hinausgegangen

seien. Die Untersuchung habe bereits das Ergebnis gezeitigt, daß das Unglück nicht allein durch die Höhe der Niederschläge hervorgerufen worden sei, sondern vor allem dadurch, daß Stämme, Hölzer usw. ein

vollkommenes Versetzen der Flußtäler

hervorgerufen hätten. Diese Anstauungen durch Holzversetzungen seien plötzlich wieder zum Durchbruch gekommen.

Beim Wiederaufbau müsse man im Auge behalten, daß die von altersher viel zu engen Brücken erweitert und die Wehre von festen Wehren in bewegliche umgesetzt werden, ferner, daß die Häuser von den Flußläufen weggenommen werden. Das seien Maßnahmen, die zweifellos eine Herabminderung der Schäden hervorrufen würden.

Ministerpräsident Heldt bemerkte, daß man erst die Schäden feststellen wolle. Dann werde man auch mit dem Reiche verhandeln. Eine Zersplitterung der Sammeltätigkeit sei unerwünscht.

Der Zwischenausschuß beschließt einstimmig, die Regierung zu ermächtigen, die erforderlichen Hilfsmaßnahmen für die von dem Unglück betroffene Bevölkerung einzuleiten und ausreichende Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen. Auf die vorliegenden Anträge soll in der nächsten Vollsitzung des Landtages zurückgekommen werden.

Dann befaßt sich der Zwischenausschuß noch mit einer Aenderung des Gesetzes über die Landespfandbriefanstalt.

Eisenbahn-Kraftwagenlinien zum Hochwassergebiet.

Die Reichsbahn eröffnet bis zur Wiederinbetriebnahme der im östlichen Erzgebirge durch Hochwasser zerstörten Eisenbahnlinien zunächst folgende vier Eisenbahnkraftwagenlinien zur Personenbeförderung unter Einsetzung der von ihr zu diesem Zweck von der staatlichen sächsischen Kraftwagenverwaltung gemieteten Betriebsmittel:

1. Pirna—Krietzschwitz—Langenhennersdorf—Bahra—Hellendorf—Gottleuba;
2. Pirna—Rottwerndorf—Neundorf;
3. Pirna—Zehista—Berggießhübel;
4. Heidenau—Lockwitz—Kreischa—Glashütte.

Der Verkehr wird in vollem Umfange zu den bekannten Bedingungen des staatlichen sächsischen Kraftwagenbetriebes schnellstens aufgenommen werden. Der Fahrplan der Personenkraftwagenlinien wird dem bisherigen Eisenbahnfahrplan angepaßt. Die genauen Fahrzeiten werden noch bekanntgegeben.

SLUB
Wir führen Wissen.